

# Einig über die Verdreifachung

Baselbiet | Breite Allianz kämpft für das Energiepaket

Ein Komitee mit Vertretern aller grossen Parteien, ausser der SVP, setzt sich für die Energieabgabe ein. Unterstützt werden sie dabei auch von der Wirtschaftskammer und dem Hauseigentümergebiet.

**Sebastian Schanzer**

Es muss ein schönes Gefühl für Parlamentarier sein, einmal über Parteigrenzen hinweg einer Meinung zu sein. Die Energiepolitik macht es möglich. Am Dienstag haben sich Landratsvertreter der SP, FDP, CVP der Grünen und der EVP gemeinsam als Pro-Komitee für die Energie-Fördermassnahmen stark gemacht und den Raum, in dem sie ihre Argumente ausbreiteten, mit einem Geist von Kollegialität erfüllt. Der gemeinsame Auftritt – mit dabei waren auch Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, und Markus Meier, Präsident des Hauseigentümergebietes (HEV) – ist der Startschuss ihrer Kampagne für ein doppeltes Ja zum Baseltier Energiepaket am 27. November.

«Wir alle übernehmen Verantwortung», eröffnet FDP-Präsidentin und Landrätin Christine Frey die

Runde und verpflichtet sich auf die Ziele, die 2010 mit der Annahme des Energiepakets durch die Stimmbewölkerung gesetzt wurden: Bis ins Jahr 2030 soll der Anteil erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch ohne Mobilität 40 Prozent betragen. Zu diesem Zweck unterstützt der Kanton seit 2010 Hausbesitzer, die ihre Gebäude energetisch sanieren, mit jährlich fünf Millionen Franken. Der Geldtopf für die Fördermittel ist laut Frey aber schon bald aufgebraucht.

## Fördermittel verdreifachen

Die vorgesehene Änderung in der Kantonsverfassung soll ihn durch eine Abgabe auf verbrauchte, nicht-erneuerbare Wärmeenergie wieder auffüllen. Diese Abgabe wird auf eine Maximallaufzeit bis Ende 2030 beschränkt und kostet den Verbraucher umgerechnet fünf Rappen pro Liter Heizöl. Sie soll dem Kanton ermöglichen, mit jährlich 15 Millionen Franken künftig das Dreifache der bisherigen Fördermittel zu sprechen. Das geänderte Energiegesetz, über das am 27. November ebenfalls abgestimmt wird, regelt die konkrete Umsetzung der Fördermassnahmen.

Auf die vielen Parteilogos auf dem Abstimmungsplakat sind alle Betei-

ligten stolz: «Das neue Energiegesetz und die Verfassungsänderung sind ein breit abgestützter Kompromiss», sagt Frey. Für die FDP heisst das, dass sie von ihrer Grundhaltung der tiefen Steuern abweicht, zugunsten energiepolitischer Verantwortung. Stimmen, dass sie damit ihr liberales Erbe verrate, weist Frey zurück. Man wolle das Thema der nachhaltigen Energiestrategie nicht mehr den linken und grünen Parteien überlassen. Eine Mehrheit in der Partei habe sich für das Energiepaket ausgesprochen.

Der Sissacher SP-Landrat Stefan Zemp freut sich indes, dass neu auch Gewerbe und Industrie in den Fokus der Massnahmen genommen würden. Zudem konnte er im Parlament durchsetzen, dass der Auftrag zur Bearbeitung der Fördergesuche nicht wie zuvor automatisch an die Wirtschaftskammer geht, sondern gemäss dem neuen Energiegesetz ausgeschrieben werden muss. Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser unterstützt die Regelung, merkt jedoch an, dass der Kanton für diese Aufgabe zuvor doppelt soviel Geld ausgegeben habe.

Sogar einen «bedeutenden SVP-Vertreter» hat das überparteiliche

Pro-Komitee am Dienstag stolz in seinen Reihen begrüsst. Der Ormlinger Landrat Markus Meier rückte diese Begrüssung aber sofort ins richtige Licht: «Ich bin als Präsident des Hauseigentümergebietes hier, nicht als SVP-Vertreter.»

## Meier allein in der SVP

Seit Bestehen des Energiepakets erweise sich dieses als treibende Kraft für energetische Sanierungen bei den Hauseigentümern, führt Meier aus. Die finanzielle Beteiligung des Kantons mit durchschnittlich rund 10 Prozent der Kosten lohne sich doppelt, da durch die Sanierungen auch die Energieaufwände der Wohneigentümer zurückgingen. «Zudem generiert das Energiepaket Aufträge für die Wirtschaft, sichert Arbeitsplätze und Lehrstellen und führt auch zu mehr Steuersubstrat», sagt Meier, der auch Stellvertretender Direktor der Wirtschaftskammer ist.

Zu der doppelten Nein-Parole der SVP wollte sich Meier am Medienanlass nicht äussern. Am Parteitag vom 20. Oktober war er zwar dezidiert für das Energiepaket eingestanden, wie SVP-Präsident Oskar Kämpfer bestätigt. «Damit befand er sich aber auf verlorenem Posten.»

Bild Beat Ermei

und 4 Tieren (3,2 Prozent) zusammen.

Zu unserer grossen Erleichterung wird damit der Kurzbefund mit den mageren 15,8 Prozent Frauen auf 28,6 Prozent korrigiert. Damit liegt der Anteil auch klar über dem Wert, den die Frauen in den Exekutiven der neun Gemeinden mit über 2000 Einwohnern erreichen. Von den total 57 Personen, die in Bubendorf, Gelterkinden, Hölstein, Itingen, Lausen, Oberdorf, Ormlingen, Sissach und Zunzgen am Ratstisch sitzen, machen die Frauen – was schätzen Sie? – 21 Prozent aus. Der Frauenanteil im Landrat klettert nach dem Wechsel von Jürg Degen zu Sandra Strüby auf 38,9 Prozent, und im Nationalrat ist das Oberbaselbiet mit drei Frauen und einem Mann vertreten.

Doch wir schulden noch die Erklärung, weshalb die weibliche Mehrheit in unseren bebilderten Anrissen trotz allem krass untervertreten bleibt. Wir wissen es auch nicht so genau. An optischen Gründen liegt es garantiert nicht. Da kommt die Statistik mit den Gemeinderäten der Wahrheit wohl schon etwas näher. Gerade am Kopf von Verbänden und Interessengruppen aller Art sind Frauen noch immer rar – und damit auch in Zeitungsartikeln. An diesem Missverhältnis tragen nicht Zeitungen, sondern wir alle eine Mitschuld, nicht zuletzt auch die Frauen selber, die zu gerne zurückstehen. Jedenfalls würde es uns selber am meisten freuen, wenn wir bei den Köpflern einmal eine Parität über mehrere Zeitungen erreichen können.

**Jürg Gohl, Chefredaktor**

In der Rubrik «Im Druck» wird in unregelmässigen Abständen über Themen aus der Medienwelt geschrieben.